

P 003 DGB-Bezirksvorstand Sachsen

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Erledigt durch Antrag P 001

Neue Eckpunkte für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bezirksvorstand Sachsen fordert den DGB-Bundesvorstand auf, sich aktiv für gesetzliche Regelungen zur Herstellung von betrieblicher Gleichstellung einzusetzen. In erster Linie sind dazu Arbeitgeber, aber auch Betriebsräte zu verpflichten.

Folgende Eckpunkte sind zu berücksichtigen:

- Wir brauchen eine gesetzliche Regelung, die in erster Linie die Arbeitgeber, aber auch die Betriebsräte dazu verpflichtet, für die Herstellung von betrieblicher Gleichstellung aktiv zu werden.
- Hierher gehört vor allem die Entgeltgleichheit,
- die repräsentative Vertretung von Frauen in Führungspositionen und
- die Herstellung von Arbeitsbedingungen, die es Eltern ermöglichen, ihre unterschiedlichsten Verpflichtungen einhalten zu können.

1. Hierzu wird folgender Mindestrahmen für notwendig erachtet:

- Erarbeitung einer Beschäftigtenanalyse als Grundlage für ein betriebliches Konzept zur Erlangung betrieblicher Gleichstellung,
- dessen Veröffentlichung, regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung,
- Vorgabe eines Zeitraumes, innerhalb dessen das erste Konzept erstellt werden soll,
- bei Säumnis nach einem mehrjährigen Zeitraum weiterstufiges Verfahren, verpflichtende Maßnahmen und Sanktionen.

2. Handlungsfelder, aus denen der Betrieb auswählen kann:

- Personalstruktur (Zielvorgaben für Einstellung und Beförderung, Auswahlverfahren und Einstellungskriterien etc.)
- Entgeltgerechtigkeit der Geschlechter
- Aus-/Fortbildung, Qualifizierungspläne etc.
- geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

3. Anreize, die Unternehmen verstärkt motivieren sollen:

- die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermittel an die Einhaltung von betrieblicher Gleichstellung koppeln
- Wettbewerbsvorteile durch Imagegewinn
- Positivliste

4. Sanktionen, die bei Untätigkeit in mehreren Stufen folgen:

- aufgetragene Maßnahmensetzung in einem bestimmten Zeitraum
- bei einer Beschwerde Umkehr der Beweislast und Verlagerung auf den säumigen Arbeitgeber
- Schadenersatz, rückwirkend
- Ausgleichsabgaben bei Nichterfüllung verbindlicher öffentlicher Auflagen
- umfassendes Verbandsklagerecht für Gewerkschaften und Betriebsrat